



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**Zwangsverrentung:
Altersarmut droht**

LEBEN

SEITE 20

**Guter Schutz bei
privaten Unfällen**

ARBEIT

SEITE 24

**Alkohol am
Arbeitsplatz**

BEZIRK

SEITE 28

**Frankfurt: Kein
Platz für Nazis**



Gewerkschaftstag 2007

**Darüber wurde
abgestimmt**

TITEL



21. ORDENTLICHER GEWERKSCHAFTSTAG

IG Metall baut auf eigene Kraft und Selbstvertrauen

Zuversicht demonstrierte die IG Metall in Leipzig. »Wir haben gezeigt, dass wir ein ernst zu nehmender und konfliktfähiger Akteur sind«, sagte der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel zum Abschluss des Gewerkschaftstages. Sieben Tage lang schnürten die rund 500 Delegierten das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre. Zu den wichtigsten Themen gehören neben der Tarifpolitik die Humanisierung der Arbeit und die Leiharbeit. Die alles entscheidende Frage lautet für den Ersten Vorsitzenden, Berthold Huber, allerdings: Wie gewinnt die IG Metall neue Mitglieder?

Signal an Leiharbeiter

Mit dem »Leipziger Signal« hat der Gewerkschaftstag miserablen Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit den Kampf angesagt. Mit einer bundesweiten Kampagne will sich die IG Metall in den nächsten Monaten in hunderten Betrieben für »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« einsetzen. Die Verdrängung regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit und Lohndumping will sie stoppen.

Die Delegierten forderten, Leiharbeiter müssen vom ersten Tag an zu den gleichen Bedingungen wie die Stammbesellschaft beschäftigt und ihr Einsatz auf ein Jahr begrenzt werden. Unternehmen dürften Leiharbeit nur einsetzen, um Auftragsspitzen abzufedern. Von der Politik erwartet die Gewerkschaft, dass sie Existenzsichernde Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeitsbranche schafft. Mit ihrer Initiative richtet sich die IG Metall also direkt an die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Das Signal an sie lautet: »Wir sind die Gewerkschaft für Leiharbeiter.«

Fotos: Transit-Leipzig, Starlight, Michael Schinke

Kreative Lösungen statt Einheits-Rente mit 67

Die Rente mit 67 ist für die IG Metall noch nicht »gegessen«. Die Aktivitäten, die sie 2006 gestartet hatte, um die Rente mit 65 zu retten, sollen weitergehen. Die Zeit vor der nächsten Bundestagswahl will die IG Metall nutzen, um bei den Parlamentariern Überzeugungsarbeit zu leisten. 2010 plant die Regierungskoalition die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu überprüfen und davon abhängig machen, ob das Rentenalter tatsächlich, wie geplant, ab 2012 schrittweise steigt.

Außerdem forderten die Delegierten in Leipzig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter mit 60 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können, wenn sie 40 Versicherungsjahre haben. Ein ganzes Bündel von Gesetzesänderungen soll Älteren den Wechsel in eine Rente ohne Armut ermöglichen: So soll der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert, Altersteilzeit auch nach 2009 gefördert und die Teilrente durch bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten attraktiver werden. Auch tarifpolitisch will die IG Metall einiges verbessern: Etwa durch stufenweise kürzere Arbeitszeiten für Ältere, die gesundheitlich besonders belastet sind, und andere neue Ausstiegsmodelle.

Bei »Pforzheim« besser koordinieren

Viele Menschen denken bei »Pforzheim« an Urlaub im Schwarzwald. IG Metall-Mitglieder denken aber vor allem an den Tarifvertrag, der nach der Stadt benannt wurde, in der der Vertrag 2004 abgeschlossen wurde. Er legte klare Bedingungen fest, unter denen Firmen vom Flächentarifvertrag abweichen können. Damit wollte die IG Metall den grassierenden Wildwuchs beenden. 2005 hatte der IG Metall-Vorstand



STIMMEN

Valter Sanches, CUT Brasilien

»Es ist immer wieder sehr interessant für uns, wie geschlossen sich die IG Metall zeigt. In anderen Ländern gibt es nicht nur große Unterschiede zwischen einer unglaublichen Vielzahl von Gewerkschaften. Auch in den einzelnen Gewerkschaften herrscht oft große Uneinigkeit.«

Stefan Löfven, Vorsitzender

IF Metall, Schweden: »Die IG Metall ist eine sehr wichtige Gewerkschaft, für die Arbeiter in Deutschland, aber auch für die Arbeiter in Europa. Sie hat auf diesem Gewerkschaftstag gezeigt, dass sie eine starke Gewerkschaft ist. Mit Berthold Huber hat sie einen sehr erfahrenen Mann an ihre Spitze gewählt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm.«

Peter Scherrer, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds, Brüssel:

»Vom Gewerkschaftstag in Leipzig geht Zuversicht und Aufbruch aus. Geeint und solidarisch für eine starke Gewerkschaftsbewegung in Deutschland aber auch in Europa und weltweit, das sind zentrale und wichtige Botschaften, die dieser Kongress überzeugend verkörpert hat.«

Marcello Malentacchi, Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds, Genf:

»Der Kongress hat gezeigt: Die IG Metall ist wieder da mit neuem Elan. In den Debatten herrschte große Einigkeit und Optimismus für die Zukunft. Das größte Problem bleibt aber: Wie gewinnen wir junge Menschen für die Gewerkschaft? Viele haben diese Frage angesprochen. Berthold Huber gab dem Thema erste Priorität. Doch das reicht nicht. Wir brauchen neue Ideen, damit sich junge Menschen in unseren Organisationen engagieren. Vermisst habe ich allerdings bei dem Kongress eine internationale Dimension. Das wundert mich besonders, weil viele Delegierte ihre Wurzeln in anderen europäischen Ländern haben.«

TITEL

»Koordinierungsregeln« verabschiedet. Darin steht, wie mit den Antragsverfahren werden soll, und was inhaltlich vereinbart werden darf. Wie das in der Praxis abläuft, ist aus Sicht vieler Delegierte verbesserungsbedürftig. Vor allem müssen die Verhandlungen an einzelnen Standorten besser innerhalb der Konzerne und auch länderübergreifend koordiniert werden. Ob die Arbeitgeber ihre Zusagen halten – zum Beispiel mehr zu investieren – soll konsequent kontrolliert werden. Das A und O ist, dass die Mitglieder im Betrieb von Anfang an den »Pforzheim«-Prozessen beteiligt werden. Damit steht und fällt der Erfolg.

Jugend braucht qualifizierte, gut bezahlte Arbeit

Ob Azubis eingestellt werden, ist Sache der Arbeitgeber. Und die tun zu wenig. Wenn die Firmen die Ausbildungsmisere nicht beseitigen können, muss die Politik agieren: Firmen, die nicht ausbilden, sollen eine Umlage zahlen, aus der zusätzliche betriebliche Ausbildung finanziert wird. Das forderten Jugendliche auf einem riesigen Transparent, als Angela Merkel zum Gewerkschaftstag kam. Berthold Huber mahnte mehr Engagement der Regierung für Ausbildungsplätze an. Immer mehr Firmen beschäftigen qualifizierte junge Leute als Praktikanten, ohne ihnen auch nur einen Cent zu zahlen. Das soll sich ändern. Die IG Metall strebt an, ihre Bezahlung tariflich zu regeln. Auch für Jugendliche, die eine Ausbildung mit einem Studium kombinieren, sollen künftige Tarifabschlüsse etwas bieten, zum Beispiel soll der Arbeitgeber alle Kosten des Studiums tragen und sie nach der Ausbildung mindestens zwölf Monate übernehmen. Studiengebühren sollen wieder abgeschafft werden.

Menschen beteiligen – Mitglieder gewinnen

Die Frage der Mitgliederentwicklung steht für die IG Metall auch in den kommenden Jahren an erster Stelle. Die Gewerkschaft will alle Aktionen und Initiativen an der Frage ausrichten, ob sie damit neue Mitglieder gewinnt oder ehemalige zurückholt. Erfolgreich war die IG Metall bei der Mitgliederwerbung in den Betrieben immer dann, wenn Beschäftigte an Entscheidungen beteiligt wurden. Diesen Weg will die Gewerkschaft weiter ausbauen und die Menschen mehr einbeziehen. Besonders bei den Jüngeren will die IG Metall zulegen, indem sie sich weiter für Ausbildungsplätze und Übernahme nach der Prüfung engagiert. Aber sie setzt auch auf neue Konzepte, um Mitglieder an der Schwelle von der Ausbildung zum Beruf zu halten. Auch auf dem Gewerkschaftstag war die Jugend nur schwach vertreten: Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 48 Jahre.

IG Metall hat Alternativen zum Sozialabbau

Heftige Kritik übten die Delegierten an der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Das Ziel, Arbeitslose zu fördern, sei nicht erreicht worden, kritisiert die Entschließung 4. Stattdessen würden »massiv« Ein-Euro-Jobs eingesetzt, die reguläre Arbeit verdrängten. Die IG Metall fordert darum »die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs«. Stattdessen seien politische Maßnahmen nötig, die »reguläre, sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Beschäftigung« schafft. Zur Finanzierung des Gesundheitssystems setzt sich die IG Metall für die Bürgerversiche-

Foto: Michael Schinke



Wolfgang Räschke, Salzgitter: »Wir müssen am Thema Rente mit 67 dran bleiben, unsere Abgeordneten unter Druck setzen und Öffentlichkeitsarbeit machen.«



Reiner Heyse, Kiel: »Die Kollegen wollen informiert sein, sich einbringen, Konfliktlösungen erarbeiten. Sie wollen über ihre eigenen Dinge mitbestimmen.«



Anny Heike, Fürth: »Gerechtigkeit ist nicht nur in der Tarifpolitik erforderlich. Es ist wichtig, dass wir uns intensiv mit der Sozialpolitik auseinandersetzen.«



Werner Schrott, Heilbronn-Neckarsulm: »Wer tabulos über Kernenergie reden will, der sollte auch tabulos über die Folgen der Entsorgung nachdenken.«



Angelika Klahr, Berlin: »Der ALG II-Regelsatz von 347 Euro müsste im ersten Schritt auf 420 Euro steigen, um auch nur das frühere Sozialhilfe-Niveau zu erreichen.«

rung ein. Beim Arbeitslosengeld stimmten die Delegierten für eine »nach Beitragsmonaten gestaffelte Erhöhung der Regelbezugsdauer auf bis zu 24 Monate«, außerdem deutlich höhere Regelsätze. Die gesetzliche Rentenversicherung soll zu einer »Erwerbstätigenversicherung« umgebaut werden, in die auch Selbstständige und Beamte einzahlen. Die Versicherung könne auch in Zukunft den Lebensstandard sichern – dafür erarbeitet die IG Metall mit dem DGB ein Gesamtkonzept.

Gute Arbeit fällt nicht vom Himmel

An vielen Produktionsbändern haben sich die Takte inzwischen auf unter eine Minute verkürzt, und in manchen Branchen kennen Beschäftigte nur noch Zwölf-Stunden-Schichten. Wer mit 30 Jahren solchen Belastungen ausgesetzt ist, wird kaum bis 60 durchhalten. Damit Menschen ein Arbeitsleben lang gesund und qualifiziert bleiben, will die IG Metall das Projekt »Gute Arbeit« als festes Arbeitsfeld fortführen. Außerdem plant sie, Fragen der Gesundheitsförderung, Arbeitszeitgestaltung und Belastungsspitzen auch in Tarifverträgen anzupacken. An Arbeitsplätzen, die stark belasten wie in der Montage, sprachen sich einige Delegierte für längere Pausen aus. Für Beschäftigte ab 55 Jahren forderten sie einen Anspruch auf einen Nicht-Schicht-Arbeitsplatz.

Vom Ökopfad zur Ökoautobahn

»Der dramatische Klimawandel verursacht enorme ökologische und ökonomische Schäden«, analysiert die Entschließung 2. Die IG Metall fordert daher, das Energiesystem in den nächsten 15 Jahren umzubauen. Richtschnur dafür ist der Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs, die Emissionen der Treibhausgase bis 2020 um mindestens 20 Prozent zu verringern. Bis 2050 soll der Kohlendioxid-Ausstoß um die Hälfte sinken. Alle Energieerzeuger müssen einbezogen werden.

Die IG Metall setzt auf mehr erneuerbare Energien. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch in der EU müsse bis 2020 auf 20 Prozent steigen. Dieser Kurs, so das geschäftsführende Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode, sei auch eine Chance für zukunftsfähige Arbeitsplätze: »Der Ökopfad ist zum Highway geworden. An diesem Highway müssen wir weiterarbeiten.« Rohstoffe müssten effizienter genutzt werden, warnt die IG Metall. Ihre Knappheit, steigende Preise und Umweltschäden erforderten das. Gleichzeitig hält die IG Metall am Atomausstieg fest.

Nazi-Organisationen verbieten

»Null-Toleranz« gegenüber Rechtstradikalen hat der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber gefordert. Die Neonazis besetzten zunehmend soziale Themen, an ihrer menschenfeindlichen Ideologie habe sich aber nichts geändert. Die Entschließung 1 weist darauf hin, dass rechtsextreme Gewalttaten zugenommen haben. »Man muss von politisch-organisatorisch stabilen neonazistischen Organisationen und einer wachsenden Bedrohung ausgehen«, warnt die IG Metall. Ein Antrag der Verwaltungsstelle Braunschweig, der »zielgerichtete Maßnahmen« verlangt, wurde mit einer Enthaltung angenommen. Der Antrag sieht vor, dass sich »alle Gliederungen der IG Metall« für ein Verbot aller faschistischen Organisationen einsetzen. ■

GROSSE KARTE FÜR DIE KANZLERIN

»Eine faire, ehrliche Zusammenarbeit« bot Angela Merkel der IG Metall an. Eine gute Gelegenheit, sie sofort zu erproben, wären neue Gesetze für Altersübergangsmodelle. Die fordert die IG Metall, und um das zu untermauern, überreichten die Delegierten aus Baden-Württemberg der Kanzlerin eine Riesen-Postkarte mit mehr als 2000 Unterschriften.



Foto: Michael Schinke

DAMIT KARMANN NICHT STIRBT

Um Unterstützung im Kampf um ihre Arbeitsplätze warben die Beschäftigten des Automobilzulieferers Karmann aus Osnabrück und Rheine bei den Delegierten. An den beiden Standorten stehen zurzeit jeweils rund 900 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Arbeitnehmervertreter appellierten an die Autohersteller, Karmann nicht sterben zu lassen.



Foto: Michael Schinke



Katinka Poensgen, Frankfurt am Main: »Wir müssen erkennen: Es gibt nicht nur irgendwelche irre Nazis. Dahinter stehen Strukturen, die das ermöglichen.«



Heinz Pfeffer, Rheine: »Wir wollen den Tarifvertrag 1 zu 1 einhalten, wissen aber: Das funktioniert nicht immer. Darum ist es gut, dass wir »Pforzheim« haben.«

Links zum Gewerkschaftstag

Wie will die IG Metall die Wirtschaft sozial, ökologisch und gerecht gestalten? Wie das »Pforzheimer Abkommen« weiterentwickeln? Dazu und zu anderen Themen des Gewerkschaftstags gibt es Reden, Pressedienste und weitere Informationen im Internet unter:

► www.igmetall.de → Die IG Metall
→ Gewerkschaftstag

ABSCHIED VON JÜRGEN PETERS

Nach der Wahl bedankte sich Berthold Huber bei denen, die aus dem Vorstand ausschieden: »Ihr habt über Jahre oder sogar Jahrzehnte den Kurs der IG Metall mitbestimmt und dadurch viel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land erreicht.« Jürgen Peters dankte er persönlich: »Die IG Metall hat unter deiner Führung an Stärke gewonnen«, lobte Huber seinen Vorgänger. Peters wünschte dem neuen Vorstand »Erfolg, Kraft und Zuversicht«. »Sorgt dafür, dass die IG Metall weiter die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit bleibt.«



Fotos: Starlight

DIE 501 DELEGIERTEN WÄHLTEN EIN STARKES NEUES TEAM AN DIE SPITZE DER IG METALL

Seit 1972 erhielt kein Erster Vorsitzender der IG Metall mehr so viele Stimmen wie Berthold Huber: 462 der 499 Delegierten votierten für den 57-Jährigen: 92,6 Prozent. Auch der neue Zweite, Detlef Wetzels, schnitt

sehr gut ab: 87,4 Prozent gaben dem bisherigen Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen ihre Stimme. Hauptkassierer Bertin Eichler, 55, »kasierte« die meisten Ja-Stimmen: 96,6 Prozent. Der mit 46 Jahren Jüngste unter den neugewählten geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, Hans-Jürgen Urban, bekam 89,8 Prozent der Stimmen. Er ist neu im Vorstand, genau wie Helga Schwitzer, 56, für die 72,5 Prozent votierten. Für Wolfgang Rhode, 56, stimmten 80,3 Prozent, für Regina Görner 61,9 Prozent. Die beiden bisherigen Vorstandsmitglieder Kirsten Rölke und Wolf-Jürgen Röder hatten nicht wieder kandidiert.

Der Gewerkschaftstag wählte auch den neuen Vorstand (insgesamt 36 Mitglieder).

Foto: Transit-Leipzig

INTERVIEW

»Eine Gewerkschaft

Im Interview mit der **metallzeitung** erklärt der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, wo er in den nächsten Jahren die Schwerpunkte setzen wird.

metallzeitung: Erst einmal herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl zum Ersten Vorsitzenden.

Berthold Huber: Danke. Ich nehme diesen Glückwunsch gerne stellvertretend für die fünfhundert-eins Delegierten entgegen. Die Delegierten waren sehr geschlossen, sehr diskussionsfreudig und sehr einmütig. Das war bei diesem Gewerkschaftstag bemerkenswert.

metallzeitung: Leipzig stand unter dem Motto »Zukunft braucht Gerechtigkeit«. Warum?

Huber: Jüngste Studien zeigen erneut, dass immer weniger Menschen ein immer größeres Vermögen haben. Gleichzeitig hat die Hälfte der Beschäftigten – obwohl sie jeden Tag arbeitet – nichts auf der hohen Kante. An dieser Stelle braucht Deutschland und Europa mehr Gerechtigkeit. Es geht uns aber auch um die Ungerechtigkeit bei prekärer Beschäftigung wie beispielsweise Leiharbeit. Das ist ein Skandal. Und auch die Bildungsfrage bedrückt uns. Der Zustand unserer Schulen ist teilweise jämmerlich und besorgniserregend.

metallzeitung: Du bist selbst Vater ...

Huber: ... ich kenne die Not der Lehrerinnen und Lehrer meiner Kinder. Die Probleme in den Schulen wird man nicht allein über das Engagement von Eltern lösen. Dazu muss richtig viel Geld in die Hand genommen werden. Das ist die Aufgabe der Politik.

metallzeitung: Damit unser Bildungssystem gerechter wird?

Huber: Ja, denn es ist nicht gerecht, dass weniger als 20 Prozent der Kinder aus Arbeiterhaushalten aufgrund mangelnder Finanzen oder schlechter schulischer Förderung ein Hochschulstudium beginnen. Für eine gerechtere Zukunft müssen sich die Verteilungsverhältnisse in vielen Bereichen ändern. Dafür werden wir uns einsetzen.

metallzeitung: Muss die Regierung andere Schwerpunkte setzen?

Huber: Beim Thema Arbeitslosengeld I gibt es ja ein paar kleine, sinnvolle Schritte. Aber der große Wurf ist das noch nicht. Bei vielen Fragen hat die IG Metall andere Meinungen. Beispielsweise beim

für alle«

Mindestentgelt: Es ist nicht akzeptabel, dass die CDU hier absolut blockiert. Aber auch rund um die Leiharbeit müssen neue politische Wege gefunden werden. Wir werden nicht zulassen, dass Leih- und Zeitarbeit – ob in Ost oder West – benutzt wird, um feste Arbeitsverhältnisse zu verdrängen. Und: Wir wollen natürlich eine Initiative gegen die Rente mit 67. Sie ist unsinnig und geht völlig an der Arbeitsrealität der Menschen vorbei.

metallzeitung: Was wird tarifpolitisch in den nächsten Jahren im Mittelpunkt stehen?

Huber: Es gibt vier wichtige Punkte. Zum einen die Leiharbeit, hier

Huber: Aktuell steht die Stahl-Tarifrunde an. Ende 2008 haben wir in der Metall- und Elektroindustrie eine Tarifrunde. In diesem Bereich sieht es besonders gut aus, denn der derzeitige Aufschwung basiert auf dieser Branche. Sie ist hochgradig produktiv und bietet höchste Qualität. Ist doch klar, dass die Menschen, die diesen Fortschritt erarbeiten, gerecht und fair an den Erfolgen beteiligt werden müssen. Außerdem kommen Tarifrunden bei Textil und Bekleidung, im Kfz-Handwerk sowie bei Holz und Kunststoff dazu. Also, ein dichtes Tarifjahr.

metallzeitung: Stichwort Arbeitszeitgestaltung, welchen Weg wird



Fotos: Frank Rumpenhorst

Berthold Huber spricht mit **metallzeitung**-Chefredakteurin Susanne Rohmund.

ist unser Ziel gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dann das Thema Mindestentgelt: Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Drittens: die Frage des Altersübergangs. Hier muss es differenzierte Lösungen geben. Kein Beschäftigter kann 40 Jahre oder sogar noch länger Schicht arbeiten oder im 1-Minuten-Takt am Fließband stehen. Und viertens ist das Kfz-Handwerk eine große Herausforderung. Dort sind 470 000 Menschen beschäftigt. Die Arbeitgeber versuchen, den gesamten Bereich zur tariffreien Zone zu erklären. Das lassen wir nicht zu.

metallzeitung: Das Jahr 2008 wird also ein Mega-Tarifjahr?

die IG Metall künftig gehen?

Huber: Unser Anliegen ist, dass die effektive und die tarifliche Arbeitszeit möglichst nahe beieinander liegen. Das erfordert hohe Flexibilität.

metallzeitung: In unserem Organisationsbereich gibt es ganz unterschiedliche Anforderungen, was die Arbeitszeit angeht.

Huber: Das ist richtig. Für die Schichtarbeiter ist jede Viertelstunde mehr eine Überbeanspruchung. Hier muss die effektive Arbeitszeit runter. Bei den Ingenieurinnen und Ingenieuren wiederum geht es um das Thema Jahres- oder Lebensarbeitszeit. Und vielen Beschäftigten geht es um die Vereinbarkeit von Beruf



Berthold Huber: »Wir brauchen mehr differenzierte Antworten.«

und Familie. Hier brauchen wir in Zukunft mehr Antworten.

metallzeitung: Heißt das, dass sich die IG Metall künftig mehr um die Anliegen der Frauen kümmert?

Huber: Frauen sind nicht im gleichen Maß organisiert wie Männer. Das hat Gründe: zum Beispiel die Entgeltgerechtigkeit oder die Aufstiegschancen. Gleichstellungsvereinbarungen, wie bei Daimler-Chrysler, sind dabei der richtige Weg – für Männer und Frauen. Wir müssen überlegen, wie wir über Tarifverträge und unsere Instrumentarien solche Entwicklungen vorantreiben.

metallzeitung: Sind das Beispiele, wie die IG Metall im Bereich der

Mitgliederentwicklung und beim Service neue Wege gehen will?

Huber: Ja, ob bei den Frauen, der Jugend, bei Migrantinnen, bei Angestellten oder auch bei Ingenieuren: Nicht sie müssen auf die IG Metall zugehen, sondern wir müssen uns um sie kümmern, um ihre differenzierten Probleme. Dafür brauchen wir neue Ansätze, neue Ideen, um Mitglieder zu werben und Mitglieder zu binden.

metallzeitung: Also Differenzierung und Zielgruppenansprache durch alle Bereiche hindurch?

Huber: Ja. Wir müssen offen sein für die Bedürfnisse aller Beschäftigten. Beteiligung noch mehr leben. Die IG Metall ist und bleibt die Gewerkschaft für alle. ■